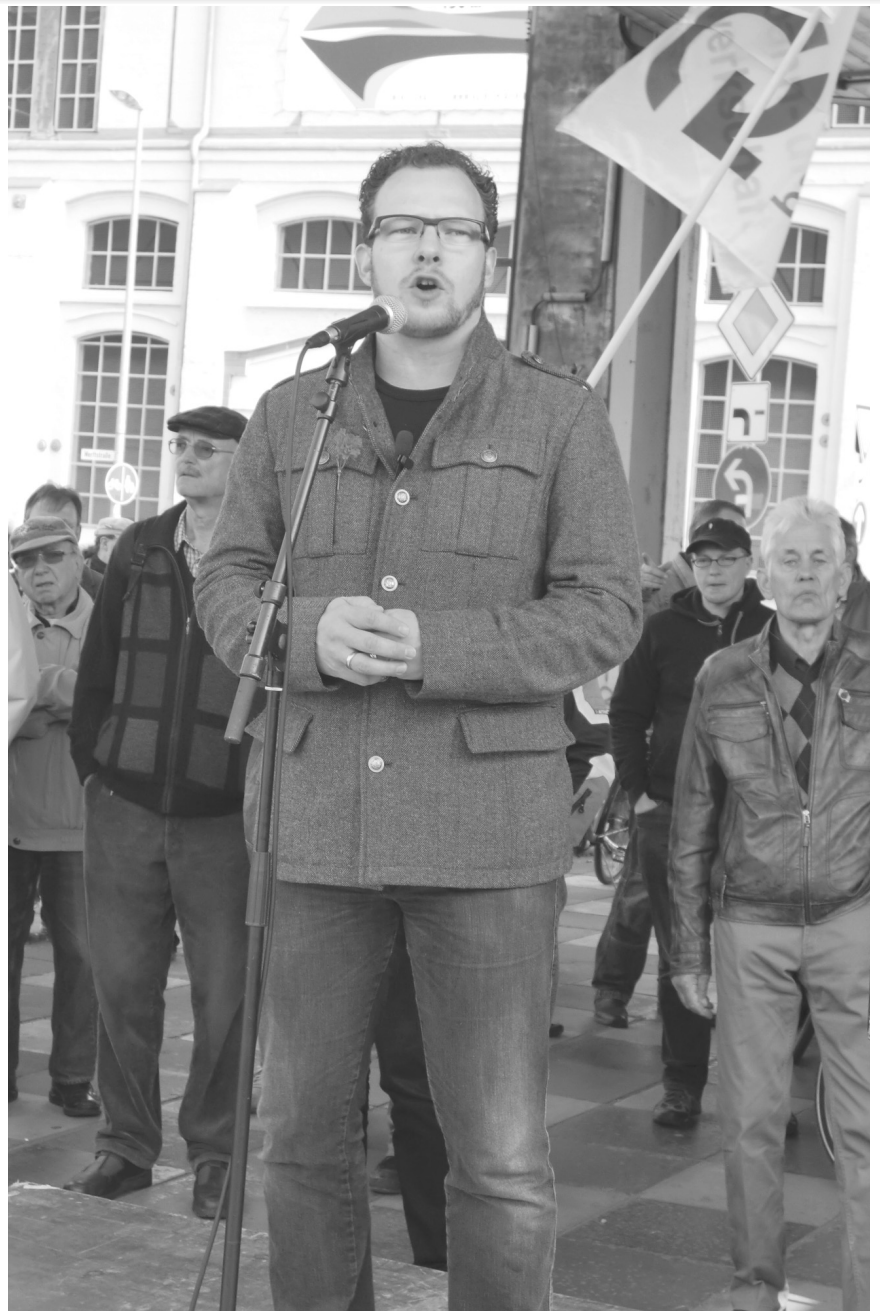


Tag der Arbeit

Auch in diesem Jahr brachte sich DIE LINKE in vielen Städten des Landes in die Maifeiern ein. Infostände und natürlich unser Kuchenbasar luden die Menschen zum Verweilen ein, man kam ins Gespräch, sammelte Unterschriften für unsere 10 Euro-Mindestlohn-Volksinitiative.

In diesem Jahr konnten wir den 1. Mai auch in Rostock gemeinsam mit den Gewerkschaften auf dem Kastanienplatz feiern. Vorher fand die traditionelle Maikundgebung am Werftdreieck statt, wo Steffen Bockhahn in seiner Rede forderte, die Beschäftigten stärker von den Gewinnen der Konzerne profitieren zu lassen. Aus aktuellem Anlass solidarisierte er sich mit den Tarifforderungen der IG Metall.

Danach setzte sich der Demonstrationzug in Richtung Kastanienplatz in Bewegung, wo schon Hunderte Rostockerinnen und Rostocker in Feierlaune warteten. So groß war der Ansturm, dass unsere Vorräte an Kuchen und Zuckerwatte schneller als erwartet zur Neige gingen. Dafür füllten sich die Listen mit Unterschriften für 10 Euro Mindestlohn. Wie dringend dieser benötigt wird, machte Steffen in der politischen Podiumsdiskussion mit dem grünen MdB Harald Terpe und einem jungen Gewerkschafter (der SPD-Teilnehmer hatte sich vorher aus dem Staub gemacht) deutlich. Da in diesem Jahr keine Wahl ansteht, glänzten FDP und CDU auf dem Fest mit Abwesenheit, wurden aber auch nicht vermisst.



Text und Foto: Carsten Penzlin

In dieser Ausgabe

Seite 2 : Editorial
Seite 3 : RLS
Seite 4 : 1. Mai in HRO
Seite 5 : Basiskonferenz
Seite 6 : Aus dem Landkreis
Seite 7 : Interview
Seite 8/9 : Blockupy&Fairwohnen

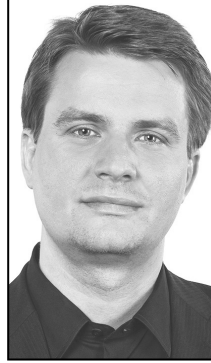
Seite 10/11: Agrarpolitik
Seite 12 : In Memoriam
Seite 13 : Mindestlohn
Seite 14 : HRO im 3. Reich
Seite 15 : Termine
Seite 16 : Aktion in HRO

Editorial

Vor einigen Wochen ist Gesine Löttsch vom Parteivorsitz zurückgetreten, um mehr Zeit für ihren erkrankten Mann zu haben. Ich habe sie bei verschiedenen Veranstaltungen als sympathische und resolute Frau kennengelernt. In Erinnerung bleibt mir vor allem ihre Forderung nach einem solidarischen Umgang der Parteimitglieder untereinander. Dass DIE LINKE noch keine „Oase der Solidarität“ (Gesine) ist, weiß sie nur zu gut. Eine große Herausforderung für den neuen Parteivorstand! Bevor unsere Partei Anfang Juni auf dem Göttinger Parteitag eine neue Führung wählt, gönnt Euch eine paar besinnliche Minuten und studiert aufmerksam die aktuelle Ausgabe des KLARTEXT. Wir drucken einen Beitrag von Dietmar Bartsch (siehe unten), bei Redaktionsschluss der einzige bekannte Kandidat für den Parteivorsitz, aber auch ein Interview mit Sahra Wagenknecht, für viele Linke eine „Kandidatin der Herzen“.

Wie immer gibt es im KLARTEXT viele Eindrücke von der Arbeit der LINKEN, ins-

besondere vom 1. Mai. Wir stellen die großartige Initiative zur Überführung der TLG-Wohnungen in eine Genossenschaft vor, informieren über die Theater-Initiative der Landtagsfraktion und berichten von der Mitgliederversammlung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Und wie immer gibt es für Freunde des Plattdeutschen einen Beitrag unseres Autors Kurt Kaiser. Von der Landesbasiskonferenz in Greifswald können wir leider erst im Juni ausführlich berichten. Viel Vergnügen beim Lesen des Klartext wünscht Euch Carsten Penzlin



KLARTEXT online

Aus der Kolumne von Dietmar Bartsch auf www.dietmar-bartsch.de:

„Dass Wahlkämpfe die Partei in Schwung halten, ist gut und nötig. Dass wir wieder in Personaldebatten stecken, ist erklärbar doch wenig hilfreich. Dass wichtige Entscheidungen, die der Bundesparteitag treffen muss, weniger als 50 Tage vor dessen Beginn kaum eine Rolle spielen, beunruhigt mich. DIE LINKE ist in zentralen Debatten nach wie vor kaum zu vernehmen, daran konnte auch der vom Vorstand vorgelegte Entwurf eines Leitantes nichts ändern. Mir scheint, er regt weder an noch auf. In Göttingen steht die Wahl des gesamten Parteivorstandes – und die weiterer Gremien – auf der Tagesordnung, aber Kandidaturen sind nicht bekannt. Mein Eindruck ist, die Vorbereitung des Parteitages läuft ziemlich an der Mitgliedschaft vorbei. Weil ich selbst bereits im November letzten Jahres meine Kandidatur erklärt und in diesem Zusammenhang auch inhaltliche Vorstellungen dargelegt habe, erlaube ich es mir, jetzt auch andere aufzufordern, ihre Bewerbungen für Spitzenämter in der Partei und für die Mitgliedschaft im Parteivorstand öffentlich

zu machen. Der Parteivorstand, meine ich, sollte offensiver agieren. Nur zu erklären, welche Diskussionen uns nicht weiter helfen, ist zu wenig bei der Vorbereitung eines Bundesparteitages, der Weichen stellen muss für politische Konzepte und Strategien, für die Bundestagswahl 2013, für die Stabilisierung der Partei und die Gewinnung neuer Mitglieder. Ein Nacheinander von Wahlkämpfen und Parteitagsvorbereitung wird nicht funktionieren, schlicht schon deshalb nicht, weil zwischen NRW-Wahl und Göttinger Parteitag lediglich drei Wochen liegen. Über was und über wen soll denn beispielsweise auf den Regionalkonferenzen ab dem 14. Mai gesprochen werden?! Wenn wir mit dem Göttinger Parteitag einen Aufbruch hinbekommen wollen, muss dieser jetzt angegangen werden: Offen und nicht in Hinterzimmern, mit der Mitgliedschaft und nicht in kleinen Kreisen. Dafür müssen wir alle Betrieb machen! Nur eine Partei, die sich rührt, wird auch für Wählerinnen und Wähler attraktiv sein, wer abwartet kommt nicht vorwärts.“

Impressum

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE.Rostock
Geschäftsstelle Rostock
Stephanstraße 17
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE.Landkreis Rostock

Geschäftsstelle Bad Doberan
Marktstraße 1
18209 Bad Doberan
Telefon: 038203-62391
Telefax: 038203-62180
E-Mail: dbr@die-linke-mv.de
Internet:
www.die-linke-rostock-landkreis.de

Geschäftsstelle Güstrow
Markt 34
18263 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: gustrow@die-linke-mv.de

Redaktion:
Edeltraud Crepon,
Maren Haase, Lars Kulesch,
Dr. Carsten Penzlin, Jörn Schulz,
Katharina Schlaack

Internet: www.dielinke-rostock.de

E-Mail: redaktionklartext@yahoo.de

Layout:
Andreas Reinke

Stadtdruckerei Weidner
Auflage: 1.200

Spendenkonten der LINKEN:

Bad Doberan: KNr: 1015583 BLZ: 13061128 Raiffeisenbank	Rostock: KNr: 430002084 BLZ: 13050000 OSPA-Rostock
---	---

Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor. Die vollständige Fassung eines gekürzten Beitrages erscheint in der Online-Ausgabe des KLARTEXT, sofern sie frei von persönlichen Diffamierungen und Beleidigungen ist.

Abonnement:
2,00 € pro Monat
(Spende + Versandkosten)

Kontinuität und Veränderung

Im Juli 2011 wurde das seit 20 Jahren bestehende „Forum für politische und interkulturelle Bildung“ auf einer Festveranstaltung in „Rosa-Luxemburg-Stiftung MV e.V.“ umbenannt. Am 13. April fand nun in Rostock deren Mitgliederversammlung statt.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand eine Bilanz der geleisteten Arbeit. Gerd-Rüdiger Stephan aus der Berliner Zentrale fand nur lobende Worte: Es gebe nur 3-4 Bundesländer, in denen die RLS problemlos arbeite, und Mecklenburg-Vorpommern gehöre dazu. Ohne Frage ein Verdienst der hauptamtlichen Mitarbeiter Michael Herms und Anja Gerst, des Vorsitzenden Prof. Werner Pade sowie natürlich der vielen ehrenamtlich Tätigen in ganz Mecklenburg-Vorpommern. Der Verein hat zwar „nur“ 43 Mitglieder, konnte aber 2011 so viele Veranstaltungen anbieten wie noch nie: 180. Es wurden 7.100 Teilnehmer_innen gezählt, nicht eingerechnet die Besucher_innen der Ausstellung „Landwirte im Widerstand“.

Thematisch nahm die Auseinandersetzung mit Formen von heutigem Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit, die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus, dem internationalen Faschismus und dem Zweiten Weltkrieg sowie mit Traditionen und heutigen Formen des Antifaschismus mit mehr als 40 Veranstaltungen (davon 24 Jugendveranstaltungen) unangefochten den ersten Rang in der Stiftungsarbeit ein. Dank gesteigerter Mittelzuweisungen konnte das umfangreiche Zusatzprojekt „Rostock unterm Hakenkreuz“ in Kooperation mit dem Verein Soziale Bildung gefördert werden. Gemeinsam mit dem Verein wurden die seit drei Jahren an verschiedenen Schulen angebotenen Schulprojektstage gegen Rechtsextremismus fortgesetzt. Die Stiftung unterstützte darüber hinaus ein Schulprojekt mit einem Naziaussteiger vom Exit-Programm an einer Rostocker beruflichen Schule, zwei KZ-Gedenkstättenfahrten von Jugendgruppen nach Ravensbrück und ein internationales Jugendworkcamp in der KZ-Gedenkstätte Wöbbelin. Im Dezember 2011 erschien eine inhaltlich und grafisch sehr ansprechend gestaltete Broschüre „Gedenkstätten für Opfer und Verfolgte des Naziregimes auf dem Rostocker Neuen Friedhof“. In einem, von der VVN-BdA initiierten und von der RLS-MV finanziell und inhaltlich unterstützten, zweijährigen Prozess erarbeiteten Studierende eine Dokumentation über sogenannte Sonder-

gräber aus der NS-Zeit mit zahlreichen biografischen Angaben zu Juden, Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und politisch Verfolgten, die dort beerdigt liegen. Die Broschüre dient als Material für begleitete Schulklassenführungen.

Konsequent geht die Stiftung den Weg, im ganzen Flächenland Mecklenburg-Vorpommern präsent zu sein. Ohne die Freundeskreise in den Regionen wäre dies nicht möglich. Intensiviert wurde die Zusammenarbeit mit Jugendlichen, wo-

en Sozialen Bewegungen Priorität.

In den vergangenen zwei Jahren konnten sieben neue Mitglieder für den Verein gewonnen werden, darunter drei jüngere aus Rostock. Gerne nimmt die RLS-MV neue Mitglieder auf, aber es sollten aktive Mitglieder sein, denn darin besteht die große Stärke der Stiftung.

Dr. Carsten Penzlin (Mitglied des Vorstandes)



bei Unter-30-jährige fast ausschließlich Veranstaltungen zur Jugendbildung besuchen, aber die anderen Angebote der Stiftung meiden. Hier eine bessere Verbindung zwischen Alt und Jung zu erreichen bleibt die große Herausforderung für die Stiftungsarbeit. Prof. Wolfgang Methling betonte zudem die Verantwortung der RLS, das neue Programm der Linkspartei in die Bevölkerung zu tragen, um gesellschaftliche Mehrheiten für unsere Politik zu gewinnen.

Im siebenköpfigen Vorstand der RLS-MV haben übrigens drei kein Parteibuch. Einer von ihnen, der Rostocker Lateinamerikawissenschaftler Werner Pade, wurde in den Vorstandswahlen in seinem Amt als Vorsitzender bestätigt. Katharina Schlaack, Wahlkreismitarbeiterin von Regine Lück, wurde neu in den Vorstand gewählt. Für sie haben Kontakte zu den Neu-



Der 1. Mai 2012 in Rostock



Der 1. Mai 2012 im Landkreis Rostock

DIE LINKE beteiligte sich in diesem Jahr an drei dezentralen Veranstaltungen anlässlich des „Kampf- und Feiertages der Werktätigen“. In Bad Doberan wurde

Vormittages. Karen Larisch, Mitglied der Linksfraktion im Kreistag des Landkreises Rostock und Koordinatorin des lokalen Bündnisses für Familienfreundlichkeit,

und soziale Sicherheit.“

In Teterow kamen über 200 Besucher zur traditionellen Maifeier ins Kulturhaus. Gemeinsam organisiert von Parteien, Gewerkschaften und Verbände. In seiner Rede betonte Andreas Lange, Personalratsvorsitzender der Kreisverwaltung sowie Fraktionsvorsitzender der Linkspartei in der Stadtvertretung Teterow: „In Deutschland ist sofort ein gesetzlicher Mindestlohn von zehn Euro einzuführen.“ Während bei den Ärmsten der Armen immer weiter an der Sparschraube gedreht wird, werden gleichzeitig Milliarden über Milliarden von Steuergeldern zur Rettung privater Großbanken ausgegeben. Für die kulturelle Umrahmung sorgten das Schalmeiorchester Teterow sowie das Jugendblasorchester Groß Wokern.

Text: Peter Hörnig, Fotos: Ursula Pfannenschmidt



traditionell ein Familien- und Kinderfest mit Politik, Sport und Spiel vom dortigen Aktionsbündnis „Für Frieden, Arbeit und soziale Sicherheit“ gestaltet. Von 10 bis 13 Uhr war ein „Buntes Programm“ von der AWO-KITA „Uns Windroos“ zu bestaunen, konnten sich die kleinen Gäste am Spielmobil der AWO, den Bastelständen vom Arbeitslosenverband und den „FALKEN“ betätigen. Die Erwachsenen hatten die Möglichkeit sich an den Ständen der Linkspartei, der SPD oder der AWO zu informieren.

Mit dem Wetter hatten wir Glück und so konnte sich groß und klein nach einer Stärkung bei den fleißigen Frauen der KORNHAUS-Bäckerei auf der Springburg oder dem herrlichen Freigelände tummeln. Viele Erwachsene nutzten die Möglichkeit, um ihrer Forderung nach einem Mindestlohn von 10 EURO mit ihrer Unterschrift Nachdruck zu verleihen. Gleiches war auch auf dem Markt von Güstrow zu erleben. Auch hier wurden Unterschriften zur Unterstützung der Volksinitiative nach § 59 der Landesverfassung von Mecklenburg-Vorpommern: „Für einen Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde“ gesammelt. Zu dieser Veranstaltung hatte ein Vorbereitungskomitee unter Federführung der Gewerkschaften eingeladen. Neben einem Info-Stand und einem Kuchenbasar beteiligten sich die Mitglieder und Sympathisanten unserer Partei mit 100 EURO am Gelingen dieses

moderierte die Veranstaltung und beteiligte sich aktiv an Gesprächsrunden. Darin machte sie u.a. deutlich, worum es ihr als aktive Kommunalpolitikerin geht. „Geringes Gehalt bedeutet später geringe Ren-



te. Und was dann der Staat hinzu buttern muss, um den Lebensunterhalt zu sichern, gehe wiederum von den Jüngeren ab, die von ihrem Lohn die aktuellen Rentenzahlen.“ Das entsprach auch dem diesjährigen zentralen Motto der Maifeierlichkeiten „Gute Arbeit für Europa, gerechte Löhne

Aus dem Landkreis berichtet ...

Weltkulturerbebewerbung des Bad Doberaner Münsters, Ferkelaufzuchtanlage in Neubukow, Erhalt der Amtsgerichtsstruktur, d.h. des Amtsgerichtes in Bad Doberan, leistungsfähigstes Windrad in Neubukow, die nicht enden wollende Odyssee Heiligendamm, Heinrich Schliemann und seine Grabungen, Kindertagesstätten-Gesetz, das waren Themen und Arbeitstermine von Fritz Tack. Also – Politik als echte Querschnittsaufgabe, so sieht Wahlkreisarbeit aus – es gibt keinen Bereich, der nicht berührt wird, es sei denn man/frau verschließt sich dem.

Bad Doberan hat seit Mitte März einen neuen Bürgermeister, Thorsten Semrau (parteilos), und Fritz gratulierte ihm zum Amtsantritt. Beide haben sich darüber verständigt, dass alle Bemühungen, das Doberaner Münster für den Titel „Weltkulturerbe“, zu nominieren, unterstützt werden. Die einmalige, fast vollständig erhaltene mittelalterliche, hochgotische Ausstattung der Klosterkirche stellt einen außergewöhnlichen universellen Wert dar und wird den Richtlinien der Welterbekonvention in besonderem Maße gerecht – der Einzigartigkeit. Dem Wunsch der UNESCO-Kommission nach Füllung der „inhaltlichen Lücken“ im Weltkulturerbe, würde Rechnung getragen. Im Grunde ist es völlig unverständlich, warum bislang keine politischen Willensbekundungen

der Gremien vorliegen. Das Doberaner Münster stand bereits nach der ICOMOS-Tagung im Jahr 1984, zusammen mit der Semperoper und dem Schloss Sanssouci, auf der Vorschlagsliste der DDR für die Welterbeliste, das ist allgemein eher nicht bekannt. Allerdings weiß ich leider nicht, warum die DDR die Liste zurückzog. Wie auch immer – jetzt stünden die Chancen gar nicht mal so schlecht. Steffen Bockhahn und Helmut Holter haben sich in der Vergangenheit in der Presse positiv dazu geäußert, das ist in Bad Doberan sehr wohl registriert worden.

Dass wir die Volksinitiative zum Erhalt der Amtsgerichtsstruktur von Beginn an unterstützen, ist bekannt. Der Doberaner Bürgermeister geht davon aus, dass ca. 100 Arbeitsplätze damit zusammenhängen, wenn das Amtsgericht wegfällt. Abgesehen davon ist es fatal, welche Wege und Wartezeiten dann auf die Einwohnerinnen und Einwohner zukommen. Aber da bezweifle ich eher, dass dies auf die Entscheidung irgend einen Einfluss hätte; denn dann gäb's die Kreisgebietsreform nicht, die schon jetzt im Landkreis ganz deutlich zeigt, wie oft Menschen den Weg zu Ämtern der Kreisverwaltung nicht mehr gehen oder vielmehr fahren können, weil es einfach zu weit ist. Dies trifft auf die Regelung von Angelegenheiten zu wie auf die Ausübung von Ehrenämtern. Auch das

bemerken wir zunehmend.

Fritz Tacks Frage nach den weiteren Entwicklungen in Heiligendamm konnte in Bad Doberan nicht ausbleiben. Die Antwort erfreute, denn der neue Bürgermeister steht für die Öffnung des sogenannten Stichweges, heißt, in diesem Fall könnten alle Menschen, die es denn möchten, direkt zur Seebrücke gelangen. Bleibt nur zu hoffen, dass die Mehrheit der StadtvertreterInnen das ebenso will. Es würde bedeuten, dass Heiligendamm nach Jahren wieder einen Teil seiner öffentlichen Begehrbarkeit erhalte, was selbst der Herzog seinem Volke nicht verwehrt hatte. Leider ist der alte Charme eh hin, dafür hat Herr Jagdfeld gesorgt und nicht die verblichene DDR.

Nur noch kurz zur Ferkelaufzuchtanlage, die in Neubukow geplant war. Fritz hatte Gespräche mit unserer Fraktionsvorsitzenden vor Ort und mit dem Bürgermeister. Eine Bürgerinitiative hatte sich gegründet, mittlerweile hat der Investor abgesagt.

13000 Tiere sollten dort aufgezogen werden, aber die Sauen stünden in Holland. Kein regionaler Kreislauf, lange Transportwege für die Ferkel etc. Wie Fritz Tack zu diesen Fragen steht, können Interessierte im letzten Klartext nachlesen.

Adriane van Loh

Fritz Tack in Reddelich ...

Fritz Tack beglückwünscht Andreas Elmer zur Auszeichnung mit dem Siemerling-Sozialpreis 2012. Andreas Elmer, 29 Jahre alt, verheiratet, zwei Kinder, engagiert sich in Reddelich seit sieben Jahren in der Gemeindevertretung, ist Vorsitzender des Kulturvereins, hat maßgeblichen Anteil am attraktiven Dorfleben. Leiter einer Milchviehanlage und Mutterkuhhaltung im Nebenerwerb, alles in allem sicher kein alltäglicher Lebenslauf eines 29 jährigen Mannes.

Und politisch? Nun, wer die G8-Protteste noch nicht ganz vergessen hat und im Reddelicher Camp war, das tageweise 11000 Menschen aufnahm, der weiß, dass Elmer auch am Gelingen des Camplebens seinen Anteil hatte und daran, dass die Reddelicher das Camp und die Aktivisten annahmen, selbst Teil wurden und diese Zeit bis heute als große Bereicherung im Gedächtnis behalten haben. Übrigens möchten die Reddelicher diese Erlebnisse, die zahlrei-

chen Fotos, Zeitungen etc. dokumentieren und auf Aufstellern archivieren, um sie für Ausstellungen aufzubereiten. Aber es fehlt Geld für Aufsteller. Kann die Partei helfen?

Adriane van Loh



Millionärssteuer ist die beste Schuldenbremse

Interview mit Sahra Wagenknecht auf www.linksfraktion.de

Die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag setzt sich in dieser Sitzungswoche mit einem Antrag zum wiederholten Mal für eine Millionärssteuer ein. Warum braucht Deutschland eine Millionärssteuer?

Sahra Wagenknecht: In Deutschland verfügen knapp 830.000 Millionäre über ein Vermögen von 2,2 Billionen Euro. Das ist mehr, als Bund, Länder und Kommunen zusammengenommen an Schulden haben. Und während die Reallöhne seit Jahren sinken und soziale Leistungen zusammengestrichen werden, hat das Vermögen des reichsten ein Prozent der Bevölkerung sogar in der Krise noch zugelegt: Im Schnitt konnten Millionäre in Deutschland seit 2003 ihr Vermögen um acht Prozent pro Jahr steigern, Milliardäre sogar um zehn Prozent. Diese Umverteilung von unten nach oben muss beendet werden. Nicht nur aus Gründen der Gerechtigkeit, sondern auch weil diese Umverteilungspolitik die Spekulation anheizt und zu Krisen führt, die dann wiederum die öffentlichen Haushalte belasten.

Gegner der Millionärsteuer sprechen gern von einer Neidsteuer. Warum ist eine Millionärssteuer gerecht?

Weil sich die krasse Ungleichheit der Vermögen durch nichts rechtfertigen lässt. Das reichste Zehntel der Bevölkerung besitzt mindestens zwei Drittel des gesamten Vermögens, dagegen ist der Anteil der untersten 70 Prozent am Gesamtvermögen auf unter zehn Prozent gesunken. Ein anderes Beispiel: Der Konzernchef von VW hat in diesem Jahr 17,5 Millionen Euro kassiert, das ist fast tausendmal so viel wie ein Leiharbeiter im selben Konzern verdient. Mit Leistungsunterschieden hat das nichts mehr zu tun. Im Gegenteil: Die allermeisten Millionäre haben für ihr Vermögen nicht einmal arbeiten müssen. Sie haben es einfach geerbt. DIE LINKE ist der Ansicht, dass sie dann wenigstens ordentlich Steuern zahlen sollen. Es kann doch nicht sein, dass ein Millionär prozentual weniger Steuern zahlt als seine Putzfrau.

Die Millionärsteuer steht wegen der Bankenkrise auch international zur Debatte. Der amerikanische Präsident Barack Obama fordert sie und auch der französische Sozialist Francois Hollande. Mindestens 30 Prozent Steuern sollen die Reichen in den USA zahlen, in Frankreich soll der Spitzensteuersatz,

wenn es nach Hollande geht, sogar 75 Prozent beantragen. Wie hoch soll die Millionärssteuer in Deutschland sein?

Bei der Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung rangiert die Bundesrepublik im internationalen Vergleich am unteren Ende. Dies wollen wir ändern. In unserem Antrag, der diese Woche im Bundestag beraten wird, fordern wir, dass die Vermögenssteuer als Millionärssteuer wieder eingeführt wird – mit einem Steuersatz von 5 Prozent. Das allein würde mindestens 80 Milliarden Euro in die öffentlichen Kassen spülen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass Einkommensmillionäre bis zu 75 Prozent Einkommenssteuer zahlen. Mit diesem Vorschlag stehen wir nicht allein da. Eine solche Reichensteuer fordert auch der französische Präsidentschaftskandidat der Sozialisten, François Hollande.



Warum ist eine Millionärssteuer in Zeiten der Krise besser als eine Schuldenbremse?

Die Folgen der Krise haben die öffentlichen Haushalte stark belastet. Laut Eurostat stiegen die öffentlichen Schulden in Deutschland zwischen 2007 und 2010 um fast ein Drittel auf knapp 2,1 Billionen Euro an. Dies ist in erster Linie auf die Rettungspakete für die Banken zurückzuführen. Das Geld, das man für die Bankenrettung verpulvert hat, soll jetzt durch Kürzungen bei Beschäftigten, Rentnern und Erwerbslosen wieder eingetrieben werden. Das ist nicht nur ungerecht, sondern auch volkswirtschaftlich schädlich. Aus Schulden können sich öffentliche Haushalte nicht heraus sparen. Sie können nur aus ihnen herauswachsen. Die in ganz Europa er-

zwungenen Ausgabenkürzungen machen dies unmöglich, da sie die Konjunktur abwürgen und so zu mehr Arbeitslosigkeit, Armut und einer noch höheren Schuldenlast führen. Wir wollen die Schuldenlast verringern, indem wir jene zur Kasse bitten, die vom Finanzcasino und zahllosen Steuergeschenken profitiert und durch ihr Verhalten zur Krise beigetragen haben.

Wofür sollten die zusätzlichen Einnahmen aus Ihrer Sicht verwendet werden?

Mit den Einnahmen aus der Millionärssteuer könnte der Binnenmarkt gestärkt und sinnvolle Arbeitsplätze geschaffen werden. Soziale Leistungen könnten erhöht und der enorme Investitionsstau abgebaut werden. Auch die Staatsverschuldung lässt sich nur reduzieren, wenn man die Reichen und Superreichen zur Kasse bittet. Insofern ist die Millionärssteuer die beste Schuldenbremse.

1996 wurde in Deutschland zum vorerst letzten Mal eine Vermögenssteuer erhoben, nach dem das Bundesverfassungsgericht diese 1995 für verfassungswidrig erklärt hat. Droht einer Millionärssteuer das gleiche Schicksal?

Das Grundgesetz steht einer Vermögenssteuer nicht im Weg. Schließlich hat das Bundesverfassungsgericht damals nicht die Vermögenssteuer selbst, sondern lediglich die Art ihrer Erhebung für rechtswidrig erklärt, da Immobilien und Grundbesitz steuerlich bevorzugt wurden. Wenn dieser Fehler korrigiert wird, steht der Einführung einer Vermögenssteuer nichts mehr im Weg.

Veranstaltungs -hinweis

DIE LINKE in Evershagen lädt zu einer Buchlesung und Diskussion mit Mathew D. Rose, Autor von „Korrupt? Wie unsere Politiker und Parteien sich bereichern und uns verkaufen“ ein. Die Veranstaltung findet am Dienstag, dem 22. Mai um 17 Uhr im Mehrgenerationenhaus in der Maxim-Gorki-Straße 52 statt (Straßenbahn Linien 1,4,5 bis Ehm-Welk-Str.).





BLOCKUPY! in Frankfurt am Main

Die Maifestspiele unter dem Motto BLOCKUPY! in Frankfurt am Main rücken in großen Schritten näher und die Vorbereitungen innerhalb der Partei, der Bundestagsfraktion und dem Bündnis laufen auf Hochtouren. Das Programm für die Maifestspiele, die Demoroute oder die Aktionen gegen das Europäische Krisenregime nehmen immer deutlichere Konturen an. In vielen Städten haben sich lokale Bündnisse gebildet, die vor Ort mobilisieren, Aktivist/innen aus verschiedenen europäischen Ländern – wie beispielsweise Italien, Spanien, Griechenland – planen, Delegationen nach Frankfurt zu schicken. Am Freitag, den 13. April, gab es eine gut besuchte Pressekonferenz des Bündnisses „unter freiem Himmel in der Frankfurter Innenstadt“ – umlagert von Zelten, die die kommenden Platzbesetzungen Mitte Mai symbolisieren sollten.

Den Aufruf des Bündnisses „Blockupy Frankfurt! Widerstand gegen das Spardiktat von Troika und Regierung – Für internationale Solidarität und Demokratisierung aller Lebensbereiche“ gibt es in vielen Sprachen und kann unter (<http://www.blockupy-frankfurt.org/de/node/78>) unterzeichnet werden. Schon jetzt stehen

fast 50 Organisationen – natürlich inklusive der LINKEN – unter dem Aufruf. Aber es kann und soll noch mehr werden. Deswegen verbreitet den Aufruf, unterschreibt ihn, gebt ihn an Freund/innen, Kolleg/innen und Genoss/innen weiter.

Insgesamt sind 12 Plätze für Kundgebungen, Veranstaltungen und Mahnwachen von Donnerstag dem 17.5. bis Samstag früh, dem 19.5. angemeldet. Aus vielen Städten werden Aktivistinnen und Aktivisten mit Bussen anreisen oder sich gemeinsam für die Anreise organisieren. Der Rostocker Kreisverband wird sich ggf. an der Finanzierung eines Busses beteiligen (zum aktuellen Stand bitte in der Geschäftsstelle nachfragen).

Die Abschlussdemonstration am 19.5. wird um Fünf vor Zwölf am Hauptbahnhof mit einer Auftaktkundgebung starten und in einem bunten, gemeinsamen und lebendigen Demozug vorbei am Römer zur EZB gehen. Dort wird am frühen Nachmittag die Hauptkundgebung mit einem abschließenden Konzert stattfinden. Die Rückfahrten sind ab dem späten Nachmittag (ab 17.00 Uhr vorgesehen).

DIE LINKE unterstützt die „BLOCKUPY!“ Maifestspiele und wird an allen Tagen in

Frankfurt vor Ort sein. Das Hauptaugenmerk unserer Aktivitäten liegt auf einer breiten Beteiligung an der Demonstration am Samstag, 19. Mai. Dort werden wir mit einem eigenen Block sowie Infoständen an zentralen Punkten vertreten sein. Eine große Beteiligung der LINKEN ist aber nur möglich, wenn ihr uns unterstützt! Deshalb kommt nach Frankfurt, informiert eure Mitmenschen und unterstützt die Proteste gegen die europäische Krisenpolitik!

DIE LINKE im Bundestag wird in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Veranstaltungen unter anderem zu „Soziale Errungenschaften in Europa verteidigen“ und „Demokratie statt Fiskalpakt“ durchführen. Eingeladen sind Gewerkschafter, linke Parteien und Aktivisten aus Italien, Griechenland, Frankreich, Großbritannien, Spanien und Deutschland. Gemeinsam möchten wir die Folgen der Bankenrettung und des Fiskalpakts auf Sozialstaat und Demokratie in ganz Europa diskutieren und Möglichkeiten des Widerstands auch in Deutschland ausloten.

Theaterkonzept

Die Linksfraktion im Schweriner Landtag stellte Mitte April ihr Konzept zum Erhalt der Theaterlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern vor. Dieses sogenannte Drei-Säulen-Modell sieht zunächst eine Übernahme des Mecklenburgischen Staatstheaters in Landesträgerschaft vor. Parallel dazu sollen allen anderen Theaterstandorten per Vertrag die Landeszuschüsse gesichert werden, um die Gleichbehandlung der Theater zu gewährleisten. Als zweite Säule schlägt die Linkspartei die Einrichtung einer gemeinsamen Kultur- und Tourismus-Stiftung vor. Aus deren

Kapitalertrag könnten die Theater zusätzlich finanziell unterstützt werden. Dazu soll das Land aus der Haushaltsrücklage einmalig 20 Millionen Euro zur Verfügung stellen, während der Tourismus beispielsweise auf jede Übernachtung eine Kulturabgabe aufschlagen und der Stiftung zur Verfügung stellen könnte. Drittens sollen die einzelnen Theaterstandorte ihre jeweiligen Einnahme-Potenziale noch genauer erfassen und ausschöpfen. Damit könnten alle Theater und Orchester im Land langfristig in ihrer jetzigen Größe gesichert werden.

Ende April hat der Landtag die Volksinitiative „Für den Erhalt der Theater- und Orchesterstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern“ in die zuständigen Ausschüsse des Landtags überwiesen. „Die in kürzester Zeit geleisteten über 50 000 Unterschriften von Bürgerinnen und Bürgern machen das große gesellschaftliche Interesse an den Theatern und Orchestern im Land deutlich“, erklärte Helmut Holter.



-Fairwohnen- Keine Wohnungen an Immobilienhaie

Bereits seit langem plant die Bundesregierung den Verkauf der 11.500 Wohnungen, die sich im Besitz der staatseigenen Treuhandliegenschaftsgesellschaft (TLG) befinden. Ein erster Anlauf zur Privatisierung war 2008 gescheitert, weil die weltweite Finanzkrise auf die Preise drückte. Nun wurden die Wohnungen in einem europaweiten Bieterverfahren zum Verkauf ausgeschrieben. Zwar beteuert die Bundesregierung, sie werde auf soziale Belange achten und eine „Sozialcharta“ in die Kaufverträge einarbeiten, aber das hat bekanntermaßen schon bei früheren Wohnungsprivatisierungen nicht viel gebracht. DIE LINKE will verhindern, dass diese Wohnungen Gegenstand des spekulativen Erwerbs und der renditemaximierenden Bewirtschaftung durch Investoren werden. Den Bewohner_innen soll die Möglichkeit zur selbstbestimmten, demokratischen und eigenwirtschaftlichen Bewirtschaftung eröffnet werden. Hierzu hat DIE LINKE einen Antrag in den Bundestag eingebracht. Die Debatte zum Antrag hat gezeigt, dass alle anderen Parteien nicht gewillt sind im Interesse der Mieter_innen zu agieren. So wird der Antrag leider wenig Aussicht auf Erfolg haben.

Wie also kann sich DIE LINKE aktiv einbringen, um einen Verkauf der Wohnungen an einen allein rendite-orientierten Hedgefonds mit entsprechend negativen Konsequenzen für die etwa 30.000 betroffenen Mieter_innen abzuwenden? Gemäß den Ausschreibungsbedingungen endet die erste Bieterfrist am 16. April 2012. Es entstand die Idee, eine eigene Genossenschaft zu gründen und sich am Bieterverfahren zu beteiligen. Etwa 30 Bundestagsmitglieder, haben am 13. April 2012, also gerade noch rechtzeitig vor Ende der Interessenbekundungsfrist, die „Treuhandliegenschaftsgenossenschaft FAIR

WOHNEN“ gegründet und fristgerecht ihr Erwerbsinteresse angemeldet. Im Unterschied zu allen anderen Bieter_innen aber nicht, um das große Immobiliengeschäft zu machen, sondern schlicht, um die TLG Wohnungen langfristig und sozial verträglich für die darin lebenden Mieter_innen zu sichern. Auch der Kauf der „eigenen vier Wände“ wird auf diese Weise für die Wohnungsnutzer_innen möglich.

Das unterbreite Angebot ist kaufmännisch seriös gerechnet und wird durch ein finanzierendes Bankenkonsortium begleitet. Die Genossenschaft ist also kein „Luftschloss“ sondern sie kann durchaus eine realistische Alternative zu einer rein gewinnorientierten Privatisierung werden. Außerdem verfügt die Genossenschaft über eine demokratische Satzung, die ihres gleichen sucht. In der Genossenschaft verfügen die Mitglieder über breite Mitbestimmungs- und Gestaltungsrechte.

Was ist zu tun?

Jede und Jeder, die oder der jetzt in einer dieser Wohnungen lebt, aber auch andere Interessent_innen, Privatpersonen oder juristische Personen, können Mitglieder der Genossenschaft werden, indem sie Genossenschaftsanteile erwerben. Ein Genossenschaftsanteil kostet 51,13 Euro. Jedes Genossenschaftsmitglied muss mindestens zehn Anteile erwerben, macht gut 500 Euro pro Kopf. Hinzu kommen 105 Euro Aufnahmegebühren. Alle wichtigen Informationen findet ihr auf der Seite der Genossenschaft <http://www.tlg-fairwohnen.de/>

Wir brauchen in einem ersten Schritt so schnell wie möglich mindestens 1.000 Mitglieder. Bitte unterstützt uns, werbt für und informiert über das Vorhaben. Tragt dazu bei, dass das Anliegen der LINKEN Wirklichkeit wird. DIE LINKE würde bundesweit ein neues Zeichen in der Bundes-

republik Deutschland setzen.

Die Beitrittserklärung muss im Original an den Sitz der Genossenschaft „Treuhandliegenschaftsgenossenschaft FAIRWOHNEN i.G.“ geschickt werden.

Adresse:

Treuhandliegenschaftsgenossenschaft
FAIR WOHNEN i.G.
Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin

In der Hoffnung auf eine breite Unterstützung bei der Umsetzung unseres Projektes „Treuhandliegenschaftsgenossenschaft FAIRWOHNEN i.G.“ verbleiben wir mit solidarischen und herzliche Grüßen
Katrin Kunert
kommunalpolitische Sprecherin
Heidrun Bluhm
wohnungspolitische Sprecherin



Erwartungen an die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik

Von Prof. Dr. Fritz Tack (MdL, Sprecher der Landtagsfraktion für Agrarpolitik und ländliche Räume)

Mit der Weiterentwicklung der Europäischen Agrarpolitik werden Weichen gestellt für die Existenz von Millionen landwirtschaftlicher Betriebe und Arbeitnehmern, für den Schutz und die Erhaltung der natürlichen Ressourcen sowie lebenswerter und vitaler ländlicher Räume in Europa.

Durch die Reform der Gemeinsamen europäischen Agrarpolitik [GAP] muss erreicht werden, dass die Landwirtschaft die Versorgung mit gesunden und umweltgerecht erzeugten Lebensmitteln zu bezahlbaren Preisen sicherstellen und sich nachhaltig an der Energiewende beteiligen kann. Die Landwirtschaft darf dabei nicht nur billiger Rohstofflieferant sein, sondern muss weiterhin in der Lage sein, einen Beitrag zur Erhaltung und Entwicklung attraktiver und vitaler ländlicher Räume mit einer vielfältigen Struktur zu leisten.

Das Agrarland Mecklenburg-Vorpommern ist dabei besonders gefordert, die Interessen einer nachhaltig wirtschaftlichen Landwirtschaft zu formulieren und zu vertreten. – Die Notwendigkeit zur GAP-Reform wird von der LINKEN grundsätzlich anerkannt. Dabei ist es jedoch wichtig, dass aufgrund der durch die EU erlassenen Verordnungen nachhaltige Struktur- und Regionalprojekte verwirklicht werden. Neben den Ländern und Kreisen sind natürlich auch die Kommunen als kleinste Verwaltungseinheit einzubeziehen. Nur so können die Mittel zur Förderung nachhaltig eingesetzt und ein höchstmöglicher Nutzen erreicht werden.

Darüber hinaus muss sichergestellt sein, dass die zukünftige Förderung aus der gemeinsamen Agrarpolitik der EU sowie der Bundes- und Landesförderung die nachhaltige Entwicklung der Landwirtschaft stärker als bisher auf die Lösung ökologischer und sozialer Aufgaben sowie den Erhalt und die Pflege der historisch gewachsenen, regionaltypischen Kulturlandschaften ausgerichtet wird.

Betriebe, die zusätzliche ökologische Leistungen für die Gesellschaft erbringen und somit soziale und gesellschaftliche Aufgaben im ländlichen Raum erfüllen, müssen im Rahmen der GAP bevorzugt gefördert werden. Gleiches gilt für Betriebe mit ei-

ner strukturbedingten hohen Beschäftigungsquote. Die vorgesehenen Kappungsgrenzen lehnen wir konsequent ab. Es ist nicht einzusehen, warum die großflächige ostdeutsche Landwirtschaft durch solche Grenzen benachteiligt werden soll. – Jeder Hektar Boden ist uns gleich viel wert!

Weiterhin ist ein Ausbau der Förderung einer bodengebundenen Nutztierhaltung im Rahmen der GAP notwendig, um die Entwicklung regionaler Stoffkreisläufe zu unterstützen.

Dabei muss die Größe der Nutztierbestände den regionalen Gegebenheiten entsprechen und im Einklang mit Tourismus und Gesundheitswirtschaft stehen. Bereits frühzeitig muss die betroffene Bevölkerung in die Genehmigungsverfahren einbezogen werden.

Selbstverständlich ist eine ausgewogene Entwicklung, die die natürlichen Potenziale, die Vorzüge unseres Landes und die Lebensgrundlagen der Bevölkerung erhält und verbessert. Dafür hat das Land genügend Raum. Es gehört aber auch mehr Tierhaltung zu regional verträglichen Bedingungen dazu.

Aus ökologischer Sicht fehlt uns auf Grund des zu geringen Tierbesatzes der organische Dünger. Zur Aufrechterhaltung eines nachhaltigen Nährstoffkreislaufes von Boden-Pflanze-Tier-Boden, zur Bewahrung des Schatzes der Bodenfruchtbarkeit, auf den bereits Thünen hinwies. Zum Zweiten fehlt uns die Wertschöpfung, die sich mit Tierhaltung deutlich erhöhen kann.

Die GAP muss dazu führen, dass regionale Stoff- und Wirtschaftskreisläufe entstehen, dass Futtermittelproduktion, Tierhaltung, Veredelung und Verarbeitung perspektivisch überwiegend regional zusammengeführt werden. Diese Regionalisierung verhindert unnötige Transporte von Lebewiege, Gülle und Futter über weite Strecken, schont Energieressourcen und führt dazu, dass finanzielle Mittel in den Regionen verbleiben und so die Daseinsvorsorge in den Regionen des Landes ermöglicht wird.

Ein weiteres Problem, dass es kurz und mittelfristig zu lösen gilt, ist der Verlust landwirtschaftlicher Nutzfläche. Hier sind die politischen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die stetige Verringerung der landwirtschaftlichen Flächen wirksam gestoppt wird. Diese Maßnahmen sind dringend erforderlich, um künftig die aus-

reichende Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung und die dringend erforderliche Energieproduktion aus erneuerbaren Energien zu sichern. Dafür müssen europaweit Instrumente geschaffen werden. Ökokonten oder wirksame Anreize für Flächenentsiegelungen sind geeignete Mittel, um der stetigen Verringerung landwirtschaftlicher Nutzfläche entgegen zu wirken. Hier gibt es einen gemeinsamen Standpunkt der Agrarpolitiker der LINKEN aus den Landtagen und dem Bundestag. Genau wie eine landwirtschaftliche Produktion, die nicht mit den Gegebenheiten einer Region korrespondiert und damit nicht nachhaltig ist, ist es die Grüne Gentechnik ebenfalls nicht. Sowohl der Nutzen als auch die mit der Gentechnik in Verbindung stehenden Risiken genveränderter Pflanzen für die Umwelt und das Ökosystem sind nach unserer Ansicht nur unzureichend geklärt. Die Gefahr unkalkulierbarer ökologischer Veränderungen darf nicht hinter dem Streben einiger Konzerne nach Profitmaximierung zurückstehen. Daher muss die Technologie der Grünen Gentechnik konsequent abgelehnt solange die Risiken nicht erforscht sind. Die Schaffung gentechnikfreier Regionen werden wir unterstützen.

Auch für die Fischwirtschaft im Lande, die Küsten- wie die Binnenfischerei, ist eine Weiterführung der bisher bewährten Förderungen der Forschung zu Innovationen und von Pilotprojekten zur Entwicklung der Aquakultur, der nachhaltigen Fischerei und der Entwicklung der Wasserfauna und -flora zwingend erforderlich. In diesem Sinne muss bei den Beschlussfassungen zu Verordnungen über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds nach 2013 (EMFF) sichergestellt sein, dass diese Notwendigkeiten der Förderung berücksichtigt und entsprechend ihrer Stellung im Lande Mecklenburg-Vorpommern als Küstenregion gewichtet werden, um der Fischwirtschaft als Lieferant hochwertiger Nahrungsressourcen für die Bevölkerung ein nachhaltiges Wirtschaften und damit eine Überlebenschance zu gewährleisten. Mecklenburg-Vorpommern ist das Land mit einer der geringsten Walddichten in Deutschland. Auch oder gerade deswegen muss zunehmend auf die europäischen Entscheidungen Einfluss genommen werden, um politische Rahmenbedingungen zu schaffen, -->

die eine naturgerechte Walderneuerung und Waldbewirtschaftung auch in Zukunft sicherstellen. Die Wälder müssen als wichtige Ökosysteme und Rohstofflieferanten erhalten und bewahrt werden. Die Politik muss sicher stellen, dass der Wald auch in Zukunft der Öffentlichkeit zugänglich ist. Im Rahmen der parlamentarischen Arbeit sind weitere Aufgaben zu meistern: Denken wir an die aktuelle Bodenpolitik der Bundesregierung, die zunehmend zum Problem für die produzierenden Landwirte und landwirtschaftlichen Betriebe geworden ist. Im Bestand der bundeseigenen Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft mbH (BVVG) in Mecklenburg-Vorpommern befinden sich noch über ca. 110.000 Hektar Agrarflächen, die aus dem Volkseigentum der ehemaligen DDR stammen. Die Verkaufspolitik der BVVG hat trotz aller Korrekturversuche maßgeblich zu einem enormen Anstieg der Bodenpreise in Mecklenburg-Vorpommern geführt. So stiegen die durchschnittlichen Verkaufs-

preise nach Angaben der BVVG 2011 auf einen Rekordwert von 14.989 Euro/Hektar. Diese Preise sind durch landwirtschaftliche Betriebsergebnisse nicht zu erwirtschaften. Zudem wurde mit dem 2. Flächenerwerbsänderungsgesetz Alteigentümern die Möglichkeiten des deutlich günstigeren Erwerbs von BVVG- Flächen in begrenztem Umfang eingeräumt. Die Fraktion der LINKEN im Landtag MV wird daher in einem Antrag im Landtag erneut fordern, die verbliebenen BVVG Flächen in Landeshoheit zum Zwecke der langfristigen Verpachtung an Landwirte zu übernehmen. Damit wäre die Möglichkeit gegeben, den zunehmenden Preisdruck aus dem Bodenmarkt zu nehmen und Handlungsspielräume des Landes für die nachhaltige Nutzung der Landwirtschaftlichen Flächen zu eröffnen. Der zunehmenden Bodenspekulation des Großkapitals kann dadurch entgegengewirkt werden. Wir haben immer gesagt und bekräftigen dieses: Der Boden gehört in die Hand der

Landwirte, die ihn bewirtschaften und davon leben und nicht in Spekulantenhand. – Für DIE LINKE gilt: Die Zukunft des Landes ist eng verknüpft mit der Zukunft der ländlichen Räume und einer umweltgerechten nachhaltigen Landwirtschaft.

(Grundlage dieses Beitrages bildet die Rede auf Landesparteitag vom 3. Mrz. '12)

Grenzenlose Solidarität!

20 Jahre nach dem Pogrom in Lichtenhagen

Vor 20 Jahren flackerten Bilder aus Deutschland um die Welt, die man für Vergangenheit hielt: Brennende Häuser, fliehende Menschen, ein gewalttätiger Mob, angeleitet von neofaschistischen Strippenziehern, Beifall klatschendes Publikum, verantwortungslose Verantwortliche. Eine Allianz aus staatlicher Ausländerfeindlichkeit, Medienhetze und Alltagsrassismus ließ zu, dass vietnamesische Vertragsarbeiter und Flüchtlinge, unter ihnen viele Roma, um ihr Leben fürchten mussten. Das brennende Sonnenblumenhaus wurde zu einem erschreckenden Symbol des wiedervereinigten Deutschland. Nur Wochen nach dem Pogrom wurde in einem breiten Konsens im Bundestag das Grundrecht auf Asyl abgeschafft. Weder die NPD noch ihr Ableger „Hamburger Liste Ausländerstop“ wurden verboten, obwohl sie unmittelbar vor Beginn der Pogrome ihre Hetze nach Rostock getragen hatten. Neofaschistische Organisationen und Gruppen werden bis heute nicht entschieden bekämpft. Gleichzeitig werden antifaschistische Initiativen behindert und als „extremistisch“ diffamiert. Heute hat das auf Menschen angewendete Nützlichkeitsdenken den politischen Diskurs weiter vergiftet. Ausgrenzung und Stigmatisierung von Migranten und Flüchtlingen sind weiterhin tief in

der Mitte der Gesellschaft verankert. Die „Festung Europa“ und das Abschiebelager Horst in Mecklenburg-Vorpommern stehen dafür. Dagegen setzen wir damals wie heute Solidarität mit den Opfern institutionellen und alltäglichen Rassismus. Wir demonstrieren für das Menschenrecht auf Asyl, für Teilhabe aller Menschen am Wohlstand, für die sozialen und demokratischen Rechte Aller hier und überall. Wir fordern:

- Schluss mit Abschiebungen, Residenzpflicht und Arbeitsverbot!
- Stoppt die Verfolgung von Roma in Osteuropa und überall!
- Keine Toleranz für faschistische Ideologie und Gewalt!
- Dresden, Rostock, Dortmund, alle Städte nazifrei!
- Schluss mit der Kriminalisierung von Antifaschist_innen und Antirassist_innen! Gegen Rassismus –für grenzenlose Solida-

rität!

Antifaschistische Demonstration durch Rostock-Lichtenhagen, Samstag, 25. August 2012 14.00, S-Bahnhof Lütten Klein

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Runde Geburtstage Mai 2012		
Marianne Kunas	BO Lichtenhagen-Dorf	75. Geburtstag
Martha Kupka	BO Kammerhof Bad Doberan	87. Geburtstag
Ursula Lindt	BO Graal-Müritz	86. Geburtstag
Hertha Ludwig	BO II DBR	98. Geburtstag
Nikolaus Riedel	BO Sanitz	81. Geburtstag
Gustav Schnippering	BO II DBR	89. Geburtstag
Dr. Peter Strauer	BO Kritzmow	50. Geburtstag



1. Mai 1945 - in memoriam

Semjon Michailowitsch Dmitrewski

De 1. Mai de ok dit Jahr as „Tag der Arbeit“ up verschiedene Ort un Wies feiert ward, is för uns Rostocker taugliek siet 67 Jahr de ierste Dag in ´n Freeden un Frieheit von ´n Hitlerfaschismus.

Männigein Rostocker erinnert sich noch an Gardekapitän Semjon Michailowitsch Dmitrewski, de as Bataillonskommandeur am 1. Mai 1945 mit ein Panzereinheit uns Stadt kampflös innahmen hett. Hei wier sietdem mit uns Bevölkerung dörch Breifwessel ein gegensiedige Besäuke verbunn´. Ick har mit Semjon väle Jahr fründschaftlichen Kontakt un mücht nu nahvertelln, wat ick von em un von anner Lüd oewer de letzten Kriegsstun´ erföhren heff.

An´n Morgen von´n 1. Mai 1945 rullten 21 Panzer von´n Typ „T34“ un een Schützenbataillon in Richtung Rostock. Siet denn Fall von Stettin an´n 26. April, leggte dat Panzerkorps däglich 30 bit 50 Kilometer trög. As Sturmspitz von de II. Belorussische Armee von General Batow har dat von Gardekapitän Semjon M. Dmitrewski kommandierte Bataillon dat brennende Niebrandenborg in groten Abstand passiert. De Stadt is nah de faschistische Strategie „verbrannte Erde“ von de SS ansteckt worn.

Wat passierte tau disse Tied in Rostock? De gröttsten Nazibonzen harn ehre Familien all mit Hab und Gaut westwärts evakuiert. Dunn hett dat ok all heiten: „De Russen kamen!“ As eene Sük breidte sik nu de Angst ut. Fanatiker de sik ok Werwulfs beteikenten, wullen noch schnell läwenswichtige Anlagen kaputt maken. De Kommunisten, Hans Mahnke und Josef Scharer, un Sozialdemokraten, wie Wilhelm Hörning, versöchten dat uptauhollen. So verhinnte ok unner Lävungsgefohr de parteilöse Arbeiter Karl Lübbe, de Sprengung von de Petridammbrügg. (1)

Ein unbekannt Rostocker, de sik an dissen Morgen von de Feldpolizei nich uphollen löt un achter de Möhlendambrügg in ein Hus an´n Witten Krütz Deckung söcht har as ein Panzer up denn Damm vöbirasselte, künn sik woll denken wat passiert wier, as poor Minuten späder de Möhlendambrügg inne Luft flög. Hei wull na Brinkmannsdörp un makte dat hei wierer keem. Dunn, bi ´n „Verbindungsweg“, hörte hei und seech ok all „Russenpanzer“ denn Barg dahlkamen. Maudig fat hei denn Entschluss, disse Panzer nich up denn Möhlendamm in ehren Unnergang führen tau

laten.

Doroewer hett mi an´n 22. Juni 1971 – denn 30. Jahresdag det Oewerfalls von de Sowjetunion – in´n Moskauer Hotel „Ostankino“, Semjon Michailowitsch bericht´: De Divisionsstab har em befohlen, mit sien Schützenbataillon un de em ünnerstellten 21 Panzer ein von de Warnowbrügg nah Rostock in´n Handstrik tau nähmen.

De Nacht oewer wier dat Bataillon noch in ein Gehölt bi Tessin in Ruhestellung lägen. Dor har Semjon na frisches Warer schickt, üm endlich einen Notverband tau wesseln. Mit denn Soldaten keem ein Fru mit warm Warer un wittes Linnen. Semjon dankte ehr up Dütsch, wat hei in Leningrad inne Schaultied liernt har. Se keek em mit grote Ogen an un ehre Angst verschwünn. Semjon säd in Erinnerung doran:

„Das war nach fast 2000 Kilometer blutigem Weg von Leningrad bis Rostock, was in mir den ersten Funken Hoffnung entzündete, dass nicht alle Deutschen Faschisten seien. Den zweiten Beweis dafür, sollte ich wenige Stunden später erleben.“ Mit de Panzerkommandöre har Dmitrewski för denn Upbruch in denn Iersten Mai noch ein Lagegespräch, wobi Panzerkommandant Wasili Kriwenzo denn Befähl kreech mit sien Panzer as Späher vörut tau führn. Dat passierte dunn ok.

Funker Pantelejew meldt ´ne Stunn dor nah, Feindberührung bi de Urtschaft Kassebohm, un denn keem nix mihr. Ok Dmitrewski har in´n sien Führungspanzer bald dat Panorama von Rostock vör sik. An de Karkturmsümpe wier de schwer beschädigt Oldstadt mit blotem Oog gaud tau seihn. Siene in 1400 Kriegsdaag sammelte Kampferfohrung säd em, dat, wenn überhaupt, dor ünner de Feind luern wür. Denn stünn dor mit mal een Mann ane Straatenkant, de siene beiden Arm schwenkte. Wier de Kierl läwensmäuderer wat har hei vör? Semjon erinnerte sik an Stettin, wo ok ein Dütscher mit sien Fuust draugend un wat raupend up ein Panzer taulopen wier. In de Annahm, dat et sik üm einen Hinnerholt hanneln deed, wür de Mann erschaten. Wi sik denn rutstellte, hannelte et sik üm einen ehemaligen KZ-Häftling, de woll siene Befreier mit „Rot Front!“ begröten wull.

Disse Tragik süll sik nu nich werrerhalen. Dmitrewski leet stoppen und winkte denn Mann heran, üm tau hüren wat hei tau seggen har. De säd, dat de Möhlendam-

brügg sprengt wier un se nu woll oewer de Petribrügg mösten. Dörch Dmitrewskis Kopp schöt de Schreck, dorüm meldet sik also Wasili sien Spähpanzer nich mihr! (2) Dmitrewskis Gedanken jagten nu bien Anblick von denn Mann, un hei fragte sik: „Sagt dieser Mann die Wahrheit? – Wer ist er? Woher sein Mut, uns entgegenzutreten? Was motiviert ihn, uns zu warnen? Kann ich diesem Deutschen glauben, nach all dem, was geschehen ist?“

Denn Dütschen vertrugen künn Lävun oewer ok Dod bedühen. Dmitrewski fällte sien Entscheidung för Vertrugen un geef Befähl taun Inbögen in den Verbinnungsweg, üm denn oewer de Petribrügg de Warnow tau forcieren. Dank denn maudigen Karl Lübbe is dat moeglich worn. Ahn wiederer Upentholt un Gegenwehr jagten de Panzer oewer de Warnow, dörch de Stadt bit na Warn´mün´. As de Ostsee denn so freedlich dor leeg, ümarmten sik de Rotarmisten, se künnen ehr Glück kühm faten, dat nu Freeden wier.

Dormit endt Semjon mit siene Erinnerungen. Wi versproken uns, alls wierer tau daun för Fründschaft un Freeden twischen uns Völker un nie werrer Faschismus tattaulaten! Doran hett sik ok na de DDR un Sowjetunion nicks ännert.

Mien Familie un ick, un äbenso ein true Antahl Genossen un Fründ´ zeigen ok hüt noch Semjons Familie nah sien tragischen Unfalldot ehre Solidarität. Üm dat dortau nödige Management kümmert sik Genossin Lilo Kossian, de wi dorför sihr dankbor sünd.

Taun 8. Mai 1995 – denn 50. Jahresdag – har Rostocks Oberbürgermeister dat Ehepoor Dmitrewski tau ein Fieerstun´ ingladt. An´n 10. Mai wiern Semjon und Nadja denn ok bi mi Tohus. Semjon schreew in dat Gästebauk von mien Famlie:

Rostock, 10. Mai 1995

Liebe Ilse, Lieber Kurt! Schon seit über 30 Jahren sind wir Freunde. Unsere Freundschaft wurde mehrmals durch Zeit und Leben geprüft. Wir lieben Euch und freuen uns über jeden Brief und über jedes Treffen mit Euch. Am Tag der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus, zum 50. Jubiläum, das wir feiern, wünschen wir Euch alles Gute und glauben daran, dass wir auch das 60. Jubiläum (mindestens) noch zusammen feiern werden. -->

Wi hemm im Mai 1995 Afschied von einanner nahmen, uns ein Werrerseihn verspraken und ahnten nich, dat dit dat letzte wier.

Kurt Kaiser (Plattdütsch Verein „Klönsock-Rostocker 7“)

Büroeröffnung

Das Wahlkreisbüro des Europaabgeordneten Helmut Scholz und des Landtagsabgeordneten Dr. Hikmat Al-Sabty wird am 25. Mai 2012 um 11 Uhr feierlich eröffnet. Dazu laden die beiden Abgeordneten auch alle Genossinnen und Genossen herzlich ein. Das neue Büro befindet sich in der Ulrich-von-Hutten-Straße 32 und ist ca. 3 Fussgehminuten vom Reutershäger Markt entfernt.

Girls' Day

Zum Girlsday hatte DIE LINKE Rostock in die Kreisgeschäftsstelle in der Stephanstraße eingeladen. Zusammen mit Katharina Schlaack und Eva-Maria Kröger machten die 8 Mädchen und jungen Frauen spielerisch Bekanntschaft mit Politik auf kommunaler, Landes- sowie Bundesebene. Dabei waren vor allem verschiedene Wege zur Entscheidungsfindung auf allen drei Ebenen und Möglichkeiten der direkten Beeinflussung politischer Entscheidungen durch die (den) einzelne(n) BürgerIn von Interesse.



10 Euro Mindestlohn jetzt!

Von Klaus Ernst

Obwohl sich der Reichtum in der Bundesrepublik Deutschland ungebrochen mehrt, leben mehr und mehr Menschen in Armut. Immer weniger Reiche werden immer reicher, während der Niedriglohnsektor und damit auch die Zahl der Armen wächst. Die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns könnte dieser Entwicklung einen Riegel vorschieben.

Die aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes zu Armutsgefährdung und Einkommensungleichheit zeigen: Fast jeder sechste Mensch in Deutschland ist arm oder von Armut bedroht. Das entspricht etwa 12,6 Millionen Menschen. Schon seit der Jahrtausendwende steigt die Armutsquote immer weiter an. Eine Untersuchung des renommierten Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zeigt, dass die Hauptursache für diese Entwicklung die Ausweitung des Niedriglohnssektors ist.

Inzwischen arbeitet ein Viertel aller Beschäftigten zu Niedriglöhnen. Im Osten der Republik sind es sogar 39,1 Prozent. Ihre durchschnittlichen Löhne betragen 6,68 Euro in den alten und 6,52 Euro in den neuen Bundesländern. In kaum einem anderen Land ist die Einkommensungleichheit in den letzten Jahren stärker gestiegen als in der Bundesrepublik. Und immer mehr Menschen drohen in den Niedriglohnsektor abzurutschen. So ist es verständlich, dass sich die überwältigende Mehrheit der Deutschen einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn wünscht. Bei einer Umfrage des Emnid-Instituts im November 2011 votierten 86 Prozent der Befragten dafür. Dem muss die Politik endlich Rechnung tragen!

Selbst die CDU hat inzwischen erkannt, dass sie den Willen der Bevölkerung nicht länger ignorieren kann. Ihr Beitrag zur Debatte um den Mindestlohn ist aber eine Mogelpackung. Die Einführung einer Loh-

nuntergrenze für Bereiche, in denen kein tarifvertraglich festgelegter Lohn existiert, ist mehr als unzureichend. Denn in Deutschland sehen viele Tarifverträge Einstiegsgehälter von unter 6,50 Euro vor. Ihr Koalitionspartner FDP blockiert im Bundestag ohnehin jede Art von Mindestlöhnen. Für einen Koalitionsbeschluss zu einem Mindestlohn stehe seine Partei „nicht zur Verfügung“, ließ ihr Parteichef Rösler verlauten. So wird die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns mit dieser Regierung nicht durchzusetzen sein.

Dabei ist ein gesetzlicher Mindestlohn unabdingbar, um die Realwirtschaft über eine gestärkte Binnennachfrage zu stabilisieren, vorhandene Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Nach Berechnungen der PROGNOSE AG würde ein Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde die Realeinkommen um 17,7 Milliarden Euro erhöhen. Der Untersuchung zufolge hätte das einen Beschäftigungseffekt 200.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen. Entscheidend ist aber die Höhe des Mindestlohns! Ein Mindestlohn, der sich beispielsweise auf dem Niveau der geplanten Lohnuntergrenze in der Leiharbeit bewegt, verfehlt diese positiven Effekte. Vollzeitbeschäftigte müssen von ihrer Arbeit leben können. Außerdem hat das heutige Arbeitseinkommen eine auskömmliche Rente im Alter zu ermöglichen, die nach 45 Beitragsjahren oberhalb der Höhe der Grundsicherung im Alter liegt.

Das macht auch nach Berechnungen der Bundesregierung einen Mindestlohn in Höhe von rund 10 Euro pro Stunde notwendig. Die Gewerkschaften fordern, mit einem Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde einzusteigen und ihn zügig auf 10 Euro zu erhöhen. Auch DIE LINKE setzt sich für die Einführung eines flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns von 10 Euro ein. In dieser Höhe entspricht er dem gesetzlichen Mindestlohn in vergleichbaren europäischen Volkswirtschaften wie Frankreich. Und nur in dieser Höhe wäre er ein Garant dafür, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich in der stärksten Volkswirtschaft Europas nicht immer weiter öffnet.

Rostock im Dritten Reich: Zentrum der deutschen Rüstungsindustrie

Neben motorisierten Bodentruppen, die vor allem Panzer und Lastwagen benötigten, war für die deutsche „Blitzkrieg“-Taktik die Zerstörung gegnerischer Ziele aus der Luft unerlässlich. Darum war die Entwicklung neuer Flugzeuge für das Nazi-Reich kriegsentscheidend. In Rostock siedelten sich ab 1932 die Heinkel-Werke an, die unter dem NS-Regime schnell an Bedeutung gewinnen sollten. Bald wuchs der Heinkel-Flugzeugbau zum größten Industriebetrieb Mecklenburgs heran. Bei Kriegsausbruch wurden die Flugzeugfabriken noch wichtiger, galt es jetzt doch den Nachschub für die verbrecherischen Eroberungskriege zu sichern. Neben den Heinkel-Werken siedelten sich auch die Arada-Werke und in Warnemünde die Neptunwerft an.

Die kriegswichtigen Fabriken machten Rostock und Warnemünde zu einem ebenfalls wichtigen Ziel britischer und US-amerikanischer Luftangriffe. Sollte in vielen Städten schlicht der „Durchhaltewille“ der deutschen Bevölkerung gebrochen werden, hatten die Bombardierungen in Rostock doch eine ganz klare militärische Bedeutung. Insbesondere, nachdem die zukünftigen Sektorengrenzen der Alliierten nach dem Ende des Krieges beschlossen waren, war klar, dass Städte im sogenannten „Mitteldeutschland“, also die heutigen Neuen Bundesländer, an die Sowjetunion fallen würden. Das erhöhte die Dringlichkeit der Zerstörung von Städten wie Rostock noch einmal. Die USA und Großbritannien wollten der Sowjetunion möglichst wenig intakte Infrastruktur gewähren. Der nächste Konflikt, der Kalte Krieg, war schon absehbar. Die teilweise mehrere Tage andauernden Luftangriffe unterbrachen die deutsche Kriegsproduktion allerdings meist nur kurzzeitig, sodass unter anderem die Heinkel-Flugzeuge dennoch fertiggestellt wurden. Um genügend

Arbeitskräfte für die Produktion zur Verfügung zu haben, wurden etwa 1.400 sowjetische Kriegsgefangene für die Heinkel-Werke angefordert. Diese mussten für die NS-Kriegsproduktion unter barbarischen Bedingungen arbeiten.

Trotz großspuriger Worte des Reichsstatthalters Hildebrandt, bis zum „Endsieg“ zu kämpfen, floh dieser beim Herannahen der Roten Armee mit dem Großteil seines Stabes. Die Naziführung schlich sich heimlich davon, während alte Männer des Volkssturms und kleine Kinder der Hitler-Jugend sowie einige Reste der Wehrmacht den „Abwehrkampf“ um Rostock führen sollten.

Am Morgen des 1. Mai 1945 rollten die sowjetischen Panzer des Kommandeurs Dimitrewski aus Richtung Tessin mit

Die Mühlendammbücke war zwar noch gesprengt worden, dennoch gelangten die Rotarmisten über den Verbindungsweg und die Petribrücke in die Innenstadt. Sie kamen noch am Vormittag in der Stadt an und besetzten sie. Durch kleinere Scharmützel kamen noch dutzende sowjetische Soldaten ums Leben, die heute am Puschkinplatz in Rostock beigesetzt sind. Noch am selben Tag fuhren Einheiten der sowjetischen Panzerdivision weiter Richtung Westen und befreiten ebenfalls nahezu kampflös Doberan und andere Ortschaften. Obwohl Rostock die für das NS-Reich wichtigste Stadt in Mecklenburg war, war die Eroberung durch die Rote Armee nicht mehr als eine militärische Randnotiz. Nur eine Woche später sollte der Krieg endgültig vorbei sein.



Denkmal für 1.400 Zwangsarbeiter_Innen, die in Rostock für den Heinkel-Konzern unter menschenverachtenden Bedingungen arbeiten mussten

aufgessener Infanterie auf Rostock zu. von Nico Burmeister

Der Zweite Weltkrieg trifft die Hansestadt Rostock

Das Kulturhistorische Museum Rostock im Klosterhof des Klosters Zum Heiligen Kreuz zeigt noch bis zum 10.06.2012 die Ausstellung „In Trümmern. Die Zerstörung Rostocks im April 1942.“ Die AG Seniorenpolitik unserer Partei plant den Besuch dieser Ausstellung am 06.06.2012 und trifft sich dazu um 14.30 Uhr im Kloster-

hof. Wir laden zum gemeinsamen Besuch die Mitglieder der AG, aber auch Sympathisanten und Interessierte herzlich ein.

K.- L. Spengler, Leiter der AG

Termine aus HRO und LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Dienstag, 15. Mai 2012	14:00 Uhr	AG Geschichte	Rostock	Stephanstraße 17
Dienstag, 15. Mai 2012	18:30 Uhr	Regionalkonferenz in Vorbereitung des Bundesparteitages in Göttingen	Hamburg	
Dienstag, 22. Mai 2012	17:00 Uhr	Buchlesung "Korrupt? Wie unsere Politiker und Parteien sich bereichern und uns verkaufen"; mit dem Journalist Matthew D. Rose	Rostock	Mehrgenerationenh aus Evershagen
Dienstag, 22. Mai 2012	18:00 Uhr	Sitzung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Mittwoch, 23. Mai 2012	15:00 Uhr	Sitzung der Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Donnerstag, 24. Mai 2012	19:00 Uhr	Kreisvorstandssitzung	Kritzkow	
Donnerstag, 24. Mai 2012	16:00 Uhr	„Die Kuczynski's – Jürgen und Ursula“ Prof.Dr.Pubanz	Güstrow	Weinbergstraße 28
Donnerstag, 24. Mai 2012	16:00 Uhr	Sitzung der Kreistagsfraktion	Kritzkow	
Freitag, 25. Mai 2012	11:00 Uhr	Eröffnung des Wahlkreisbüros MdL Hikmat Al-Sabty	Rostock	Ulrich-von Hutten-Str. 32
Dienstag, 29. Mai 2012	15:00 Uhr	IG EntRüstung	Rostock	Stephanstraße 17
Donnerstag, 31. Mai 2012	13:30 Uhr	ISOR	Rostock	Stephanstraße 17
Samstag, 2. Juni 2012		1. Tagung des 3. Parteitages	Göttingen	
Montag, 4. Juni 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaftsfraktion	Rostock	Rathaus, Beratungsraum 2
Dienstag, 5. Juni 2012	18:00 Uhr	Sitzung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Mittwoch, 6. Juni 2012	15:00 Uhr	Sitzung der Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Montag, 11. Juni 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaftsfraktion	Rostock	Rathaus, Beratungsraum 2
Donnerstag, 14. Juni 2012	15:00 Uhr	„Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte. Über den Kampf der Ideen.“ (RotFuchs)	Rostock	Mehrgenerationenh aus Evershagen
Samstag, 16. Juni 2012	9:30 Uhr	Klausurberatung des Kreisvorstandes sowie der Kreistagsfraktion	Friedrichshof	"Herrenhaus" Ende
Montag, 18. Juni 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaftsfraktion	Rostock	Rathaus, Beratungsraum 2
Dienstag, 19. Juni 2012	18:00 Uhr	Sitzung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Dienstag, 19. Juni 2012	18:30 Uhr	Kreisvorstandssitzung	Rostock	Stephanstraße 17
Mittwoch, 20. Juni 2012	15:00 Uhr	Sitzung der Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Mittwoch, 20. Juni 2012	16:00 Uhr	Bürgerschaft	Rostock	Bürgerschaftssaal
Montag, 25. Juni 2012	18:00 Uhr	Forum mit MdL Hikmat Al-Sabty zum arabischen Frühling	Güstrow	"Bürgerhaus"
Montag, 25. Juni 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaftsfraktion	Rostock	Rathaus, Beratungsraum 2
Dienstag, 26. Juni 2012	15:00 Uhr	IG EntRüstung	Rostock	Stephanstraße 17
Dienstag, 17. Juli 2012	18:30 Uhr	Kreisvorstandssitzung	Rostock	Stephanstraße 17
Samstag, 4. August 2012	10:00 Uhr	9. "Friedensfest der LINKEN in Graal-Müritz"	Graal-Müritz	Seebrückenvorplatz
Samstag, 11. August 2012		2. Politisches Sommerfest der LINKEN	Krakow am See	
Dienstag, 14. August 2012	18:30 Uhr	Kreisvorstandssitzung	Rostock	Stephanstraße 17
Freitag, 24. August 2012	19:00 Uhr	MdB Dietmar Bartsch zu Gast beim Politik-Talk	Graal-Müritz	"Haus des Gastes"
Dienstag, 18. September 2012	18:30 Uhr	Kreisvorstandssitzung	Rostock	Stephanstraße 17

Leserbrief von Günter Althaus

Die Freiheit der Presse ist nach Paul Sethe die Freiheit von 200 Reichen einer Gesellschaft, ihre Meinung zu verbreiten. Dazu dienen auch das Weglassen und die bewusste Lüge. Damit die Meinung der Herrschenden noch glaubhaft wird, ist stets etwas Wahrheit in der Aussage enthalten. Bei der Wahl des 21. Ehrenbürgers Rostocks fiel auf, dass die Beteiligung mit 40 von 53 Mitgliedern der Bürgerschaft selten schlecht war. Die Rostocker Bürgerinnen und Bürger hatten in einer Meinungsumfrage 60% Ablehnung geäußert. Die Behauptung, dass nur einer der Ablehnenden nicht der Fraktion DIE LINKE angehörte, ist unwahr. Da nur 10 Abgeordnete dieser Fraktion anwesend waren, können nicht 13 gegen den Vorschlag gestimmt haben. Also haben 4 weitere Abgeordnete dagegen gestimmt, die Mehrheit einer zweiten Fraktion. 25 Stimmen für den Vorschlag waren nur eine einfache Mehrheit, nicht einmal eine absolute Mehrheit von 27 Stimmen. Die Aberkennung des Ehrenbürgerrechts ist dagegen an 36 Stimmen gebunden, nämlich die absolute Zweidrittelmehrheit. So willkürlich kann eine demokratische Satzung sein.

Thälmann Ehrung



Am 16. April begingen wie jedes Jahr Rostocker Genossinnen und Genossen in Reutershagen den Geburtstag von Ernst Thälmann.



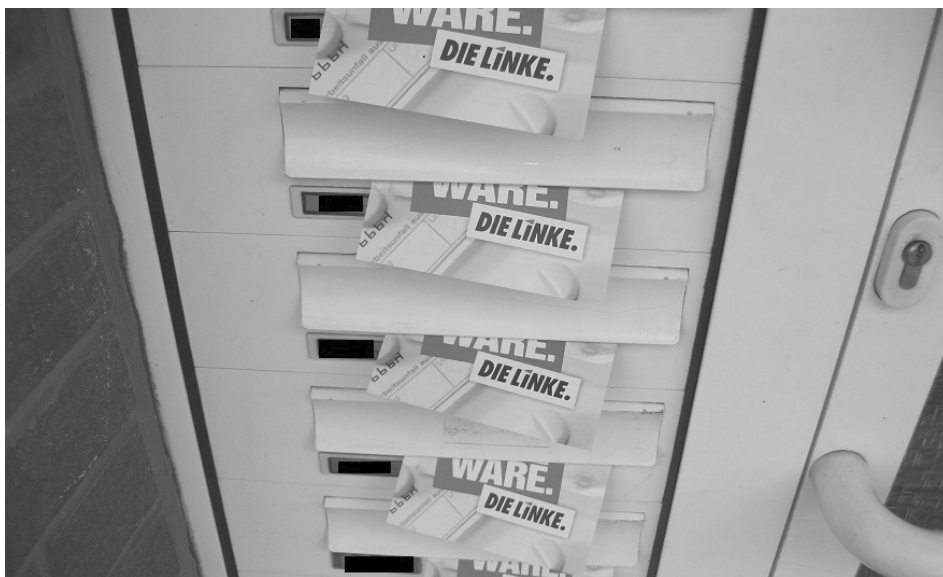
Aktion gegen die Praxisgebühr in der Südstadt und der KTV

Seit der „Rot-Grünen“ Bundesregierung unter Gerhard Schröder gibt es in der Bundesrepublik die sogenannte Praxisgebühr. Sie ist einer der am meisten verhassten Teile der sogenannten Agenda2010. DIE LINKE hat seit der Einführung der Praxisgebühr gegen diese grundlegend falsche Maßnahme, die den angeblich klammen Krankenkassen aus der Patsche helfen sollte, protestiert. Ende April verteilten Aktivist_Innen der linksjugend [solid] Rostock ein thematisch passendes Flugblatt der LINKEN, das unter dem Motto „Gesundheit ist keine Ware! Die Praxisgebühr ist irr- und unsinnig!“ steht. Neonazis bezeichnen die Südstadt gerne als ihren „Kiez“, regelmäßig wird hier NPD Propaganda in die Briefkästen geworfen, auch rechtsradikale Sprayereine sind keine

ändern, dass ein Flugblatt nach dem anderen in die Briefkästen seiner Nachbarn landete. Ärgerlich musste er zur Kenntnis nehmen, dass wir die Südstadt nicht den rechten Rattenfängern überlassen werden.

Doch damit war noch lange nicht Schluss. Nachdem die Südstadt mit den Flyern versorgt war, ging es weiter in die Innenstadt. Auf dem Weg dorthin konnten noch die letzten in dem Viertel geklebten Nazi-Aufkleber entfernt werden. Anschließend wurden auch in der Innenstadt die Bürger_Innen mittels Flugblättern in ihren Briefkästen auf das Problem der Praxisgebühr aufmerksam gemacht.

Die Aktion kann nur als Erfolg gewertet werden. Bei sinkenden Nettoeinkommen und einer zunehmenden Arbeitslosigkeit



Seltenheit. Abgerissene Nazi-Aufkleber hängen an fast jedem Laternenpfahl. Umso wichtiger ist vor Ort die Besetzung politischer Themen von links. In wenigen Stunden konnte fast die gesamte Südstadt abgelaufen werden. Auch ein grimmig dreinschauender junger Mann in schicker Thor-Steinar-Jacke konnte daran nicht viel

in der Bevölkerung stellt die Praxisgebühr eine besondere Belastung dar, eine Belastung, die den Armen in die Tasche greift und den Reichen noch mehr Geld zuschanzt.

Text und Foto: Nico Burmeister/Sandro Smolka

Up un Dal



Gewinner:

Heidrun Bluhm. Die Bundestagsabgeordnete aus M-V hat mit Ihrer Initiative zum Kauf der TLG-Wohnungen gezeigt, dass DIE LINKE auch für positive Schlagzeilen gut sein kann.

Verlierer:

Mal wieder Mathias Brodkorb. Der Bildungsminister will dafür sorgen, dass Jugendoffiziere auch weiterhin an Schulen für die Bundeswehr werben dürfen.

Zitat der Woche

„Die Linke ist doch heute die einzige Partei mit einer sozialen, anti-neoliberalen Agenda. Die einzige, die sich nicht im Kapitalismus einrichten will. Deshalb wird sie gebraucht, auch wenn wir gerade nicht in Hochform sind.“ (Sahra Wagenknecht im Interview mit der Wochenzeitung DIE ZEIT)

Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Wo fand am 28.4. die Landesbasiskonferenz statt?
2. Wer war Anfang Mai der bislang einzige Kandidat für den Parteivorsitz der LINKEN?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Rostocker Buchhandlung im Doberaner Hof.

Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

Einsendeschluss ist der 31.05.2012